Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Bestellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. Im Raumern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 90 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Osterdüten = Osterhasen
= Ostereier =
21 Am See **Oscar Fischer** Am See 21

Schläuche Klappen Platten Ringe Schnüre Walzen Puffer Riemen aus **Gummi Guttapercha Asbest** fertigt in garantirt haltbaren Qualitäten **E. Böhme** Dresden Ferdinandstr. 13.

Konfirmanden-Anzüge
* * * Mark 9,50, 13, 18, 24, 28 bis 30.
Rob. Eger & Sohn, Frauenstrasse 3 u. 5 vis-à-vis „Zum Pfau".

Otto Buchholz 28 Annenstrasse
empfiehlt **Hüte** jeder Art. | Eigene Fabrik.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse No. 1–3 (Hofgebäude).

Nr. 98. Spiegel: Lage in Rußland. Gewerbeverein, Trinitatisgemeinde, Kreis- und Bezirksausschüsse, Gerichtsverhandlungen. Entrevue in Neapel, Russisch-japanischer Krieg. Moderner Blaubart. | Mutmaßl. Witterung: Kühl, regnerisch. | **Sonnabend, 8. April 1905.**

Die Lage in Rußland

hat noch immer keine Besserung, im Gegenteil eher eine Verschlimmerung erfahren. Im heiligen russischen Reiche gärt und brodelt es wie in einem Hexenkessel von Tag zu Tag stärker, so daß ein Ende des chaotischen Zustandes überhaupt noch nicht abzusehen ist. Im Gegenteil, Eingeweihte behaupten, daß die bisherigen vereinzelten Aufstandsversuche nur ein Vorspiel zu dem großen revolutionären Kladderadatsch bilden, der im Mai dieses Jahres in Szene gesetzt werden soll. So viel steht fest, daß ungeheure Vorbereitungen von den weitverzweigten, planmäßig leitenden Kreisen der russisch-revolutionären Bewegung getroffen werden und daß Waffen, Munition und Bomben in ungeheuren Massen beschafft worden sind. Die Revolutionspartei verfügt auch, wie bekannt, über ein ziemlich festgefügtes, überall hin verzweigtes Heer, das sicher, wenn die Zeit gekommen ist, mit fanatischer Entschlossenheit handeln und morden wird. Das Schlimmste an der augenblicklichen innerpolitischen Lage in Rußland ist der Umstand, daß das, was sich wie Elektrizität und Zündstoff seit lange schon in den Köpfen und Herzen der Volksmassen angesammelt hat, nun auch in dem wichtigsten Stande Rußlands, der Bauernschaft, mit elementarer Gewalt zum Ausbruch zu drängen scheint. Fast aus allen Gouvernements werden schwere Ausschreitungen der Bauern gemeldet, die sich besonders gegen die Geistlichkeit, die Beamtenschaft und die adligen Gutsbesitzer richten: die Ruhestörer plünderten, verübten Brandstiftungen, schlugen Waldungen nieder und raubten Gelder. In den an der Wolga liegenden Bezirken, in denen sich die Landarbeiter sonst schon in dieser Zeit für die Frühlings-Feldarbeiten dingen lassen klagen die Gutsbesitzer, keine Arbeiter bekommen zu können; die Bauern sagen: „Wir wollen warten, was uns der Frühling bringen wird." In anderen Gegenden geht der Geist der Auflässigkeit noch weiter, so wird z. B. aus dem Pleskauschen Gouvernement berichtet, daß die Bauern bereits jetzt erklären, welche Güter sie im Frühling plündern werden. Die frühere Nitschewo-Stimmung und die apathische Gelassenheit, wie sie sich in dem Worte ausdrückt: „Der Himmel ist hoch und der Zar ist weit" scheint jetzt endgültig aus der russischen Bauernschaft gewichen zu sein. Damit ist aber bezüglich der innerpolitischen Lage Rußlands das Tohuwabohu in seiner Reinkultur erreicht. Leider schwebt über den wildbewegten politischen Wassern Rußlands kein Geist, der Ordnung in dieses Chaos zu bringen vermöchte mit einem klaren, großen Gedanken und einer ihm entsprechenden rettenden Tat.

Wie oft mag der Zar in diesen Zeiten wohl gerufen haben: „Wo finde ich Männer?" Die, von denen er bis jetzt beraten wurde, haben sich als schlechte Wegweiser gezeigt. Plehwe, Witte und Pobjedonoszew waren ein Kleeblatt, das — wie die Tatsachen gelehrt haben — Rußland kein Glück gebracht hat. Plehwe ist nun tot und Pobjedonoszew gehört — wie bereits an anderer Stelle mitgeteilt — jetzt bald zum alten Eisen. Sein Rücktritt vom Posten des Oberprokurators des Heiligen Synods ist so gut wie sicher. Einerseits ist Pobjedonoszew 77 Jahre alt und gesundheitlich stark angegriffen; andererseits macht sich gerade jetzt — wie auch in den offiziösen russischen Telegrammen hervorgehoben wird — innerhalb der orthodoxen Kirche eine starke Strömung geltend gegen die Knechtung der Kirche durch die staatliche Gewalt bezw. für eine durchgreifende Erneuerung der Staatskirche, die unter der Leitung des Heiligen Synods und seines Oberprokurators Pobjedonoszew im ödesten Formalismus erstarrt ist. Diese Strömung im Schoße der russischen Orthodoxie hat in zwei Denkschriften Ausdruck gefunden, deren eine vom St. Petersburger Metropoliten Antonius verfaßt sein soll, während die andere von der Partei der sogenannten liberalen Geistlichkeit in Petersburg ausgegangen ist. Die Denkschrift des Metropoliten hat dem Ministerkomitee zur Beratung vorgelegen, die andere hat ihren Weg durch die Presse genommen und soll auf Fürsprache des Synods auch dem russischen Kaiser unterbreitet werden. Die Verfasser der letztgenannten Denkschrift fordern kurz gesagt die Reformation der russisch-orthodoxen Staatskirche auf altkanonischer Grundlage. Die Denkschrift macht hierzu in den Einzelheiten eine Reihe bestimmter Vorschläge. In letzteren wird besonders der Ersatz des bisherigen Prokurators des Heiligen Synods durch einen Patriarchen gefordert, der von einem nach Moskau einzuberufenden allgemeinen Kirchenkonzil zu wählen wäre. Als Kandidat für das neu zu schaffende Patriarchat käme nach den kanonischen Bestimmungen in erster Linie der höchste Geistliche der Hauptstadt, also der Petersburger Metropolit Antonius, in Betracht.

Den Kern dieser hochwichtigen Bewegung im Innern der russisch-orthodoxen Kirche kann man zusammenfassen in die Schlagworte: Fort mit der Bureaukratie aus der Kirche, Befreiung der Gemeinden von der allmächtigen episkopalen Gewalt und Trennung von Kirche und Staat! Die überwiegende Mehrheit des russischen Episkopats mit Pobjedonoszew an der Spitze steht derartigen Wünschen naturgemäß feindlich gegenüber. Das Interessante hierbei im gegenwärtigen Zeitpunkte ist hauptsächlich, daß der Ausbruch dieses schon lange währenden Zwiespalts sich, obwohl gerade jetzt die heftigsten Erschütterungen das russische Staatsleben durchzucken, durch nichts hat zurückhalten lassen, und daß der Stoß, der jetzt Pobjedonoszew so schwer getroffen hat, daß er ihn zur Ueberreichung seines Abschiedsgesuches veranlaßte, von einer Seite kam, von der er es am wenigsten erwartet hat, denn dieser Stoß ging von kirchlicher Seite aus. Und Pobjedonoszew weicht ihm — er, der fast ein Menschenalter hindurch der Alleinherrscher über die russische Kirche war. Mit ihm schreitet der Hauptvertreter der moskowitischen Richtung in der russischen Politik, der Urtypus des starren Altrussentums. Orthodoxie, Russentum und Selbstherrschaft, das waren die Säulen, ohne die er sich den Fortbestand der Macht des russischen Reiches, die Zukunft seiner Bevölkerung und die Fortdauer der Dynastie nicht denken konnte. Ein bedeutender Jurist, ein vielbelesener Philosoph, ein Mann von durchdringendem Verstand und konzilianten gesellschaftlichen Formen, war Pobjedonoszew der Träger einer Politik der gewaltsamen Vereinheitlichung in Nationalität und Glauben, wie sie vor ihm kaum jemals Rußland gesehen und wie sie skrupelloser vielleicht noch nirgends durchzuführen versucht wurde. Er begnügte sich nicht mit der Forderung „Rußland den Russen", sondern fügte ihr noch hinzu, den „rechtgläubigen Russen". In Finnland, in den baltischen Provinzen, in Litauen und in Polen, in Podolien, Wolhynien und Kleinrußland, auf dem Kaukasus, die in den weiten Gebieten der nur von Großrussen bewohnten Zentralprovinzen hat man ein Vierteljahrhundert lang die Hand des Herrn Pobjedonoszew schwer gespürt. Trotzdem hatte sein Haß gegen allen Fortschritt, gegen jede Freiheit auf geistigem, politischem und religiösem Gebiete einen gewissen Zug von Größe an sich. Ueberall in seinem Wirken tritt uns — wie ein Kenner seiner Persönlichkeit urteilt — das Bild eines Mannes entgegen, der nichts an sich hat von der Verächtlichkeit eines Opportunisten oder noch weniger von der eines Schmeichlers, der vielmehr ein ausgeprägter Charakter ist. Er ist eben, wie schon bemerkt, der überzeugungstreue Vertreter des Altrussentums gewesen, gegen das die revolutionierende Intelligenz der Jung-Russen bisher noch immer ohnmächtig geblieben ist. Der mittelalterliche Staat war sein Ideal, und die Zusammenfassung von Kirche und Staat in der Hand des autokratischen Zaren schien ihm jederzeit als eine für Rußland bleibende Notwendigkeit. Wenn Pobjedonoszews Abschiedsgesuch jetzt vom Zaren wirklich genehmigt werden sollte, so wäre das für Rußlands zukünftige innerpolitische Entwicklung von denkbar größter Bedeutung. Denn das wäre ein Zeichen dafür, daß in Rußland nun tatsächlich alles, aber auch alles ins Wanken gekommen ist und nichts mehr feststeht, daß das alte System in allen Fugen kracht und nur notdürftig sein Leben fristet. Aber wie gesagt — es steht noch in keiner Weise fest, daß die Nachrichten vom Rücktritt des bisher allmächtigen Prokurators sich bestätigen, bezw. daß der Zar seinem Entlassungsgesuche die Genehmigung erteilt hat. Allerdings meldet die „Nowoje Wremja", daß in einer Sitzung des Heiligen Synods die Kirchenreform und die Einführung des Patriarchats einstimmig beschlossen sei, wodurch Pobjedonoszew seines Amtes enthoben werde. Der Beschluß sei dem Kaiser unterbreitet, und da an dessen Zustimmung kaum zu zweifeln sein wird, so dürfte die Demission Pobjedonoszews in kürzester Frist erfolgen.

Unterdessen wetterleuchtet es weiter am politischen Horizont, und Londoner wie Pariser Blätter wissen sogar von einem erst im letzten Augenblicke vereitelten Attentat auf den Zaren zu berichten. Jedenfalls braucht man gar kein großer politischer Meteorologe zu sein, um zu verkünden, daß kritische Tage erster Ordnung für Rußland bevorstehen. Qui vivra, verra!

Neueste Drahtmeldungen vom 7. April.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budgetkommission des Reichstags hielt nach der Plenarsitzung noch eine Sitzung ab, in der sie die zweite Lesung des Totalisatorgesetzes vornahm. § 5 erhielt hierbei folgende Fassung: „Die Hälfte des Ertrags der Reichssteuerabgaben von Wetteinsätzen bei Pferderennen wird im Reichshaushalt für Zwecke der Pferdezucht bereit gestellt, und zur Verwendung für diese Zwecke den Regierungen der Einzelstaaten nach dem Verhältnisse überwiesen, nach welchen diese Abgaben in ihren Gebieten aufgebracht sind." Im übrigen wurde das Gesetz nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Schließlich fanden noch folgende Resolutionen Annahme: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertage, am Karfreitage und in Gegenden mit überwiegend katholischer Bevölkerung am Fronleichnamstage die Abhaltung von öffentlichen Rennen zu verbieten; ferner baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem die §§ 3 und 6 dieses Gesetzes auch auf Wetten bei öffentlich veranstalteten Rennen mit Fahrrädern und Automobilen entsprechende Anwendung finden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Nach der heutigen Reichstagssitzung fand eine lebhafte Auseinandersetzung zwischen dem Präsidenten Grafen Ballestrem und dem Zentrumsführer Dr. Spahn statt, vermutlich deshalb, weil letzterer, entgegen dem Vorschlage des Präsidenten, die Sitzungen am 2. Mai wieder aufzunehmen, beantragt hatte, die Ferien bis zum 10. Mai auszudehnen, ein Antrag, der die Zustimmung der Mehrheit fand. Während dieser Auseinandersetzung erlitt Dr. Spahn einen Ohnmachtsanfall und mußte in ärztliche Behandlung genommen werden. Er erholte sich jedoch bald wieder. Die Folge der Hinausschiebung des Termins für die Wiederaufnahme der Sitzungen dürfte sein, daß das Pensionsgesetz erst im Herbst zur Erledigung gelangen kann.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Abgeordnetenhaus. (Fortsetzung.) Handelsminister Möller verwies auf die von verschiedenen Seiten ergangenen Anregungen auf Aenderung des Mutungs-Systems, mit Rücksicht auf das Bestreben gewisser großer Bohrgesellschaften sich ungeheure Felder zu sichern und so monopolartigen Besitz zu schaffen. Der Vorschlag Gamp sei ihm insofern so sympathisch, als er der Verwaltung Zeit lasse, in aller Ruhe mit den Interessenten zu überlegen, wie die ganze Frage zu regeln sei. Der Antrag sei aber zu unbillig gegen die Bohrgesellschaften und werde noch abgeschwächt werden müssen. Die Frist von sechs Monaten sei zu kurz. Sie werde auf mindestens ein Jahr festgesetzt werden müssen. — Abg. Macco (nat.-lib.) hielt zwar das Mutungsrecht auch für reformbedürftig, der Antrag Gamp werde aber mehr schaden, als nützen. Unsere vornehmste Sorge müsse sein, der herrlich aufgeblühten deutschen Industrie ihre Rohstoffe zu erhalten. Erst durch die großartigen Leistungen des Privatkapitals, der Tiefbohrgesellschaften, seien riesige Kohlenfelder erschlossen worden, die der Staat als nicht abbaufähig habe liegen lassen. Verhänge man jetzt eine Sperre von fünf Jahren über alle Mutungen, so würden nach Ablauf dieser Zeit die jetzt bestehenden Gruben und Zechen einen ganz bedeutend höheren Wert haben, und es würde dann der Widerstand gegen eine Wiederaufhebung so stark sein, daß diese Bewegung nur im ausschließlichen Mutungsmonopol des Staates enden könnte. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Nach längerer Debatte wurde der Antrag Gamp einer Kommission überwiesen. — Dann wurde die dritte Beratung des Ausführungsgesetzes zum Reichsseuchengesetz fortgesetzt. Auf Antrag des Abgeordneten v. Savigny (Zentr.) wurde die Anzeigepflicht für die vorgeschrittene Lungen- und Kehlkopf-Tuberkulose trotz des Widerspruchs der Regierung gestrichen. Die Beratung soll morgen zu Ende geführt werden, worauf das Haus in die Ferien geht.

Deutsch-Südwestafrika.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „National-Ztg." veröffentlicht einen Ueberblick über die Lage in Südwestafrika, den das Blatt selbst dahin zusammenfaßt: Während auf dem mittleren Witboi-Kriegsschauplatze, namentlich im Osten in der Kalahari, zwischen Nossob- und Bitterfluß, noch größere militärische Operationen erforderlich sind, ist im Herero- und Bondelzwarts-Lande der Feldzug auch in seinem Guerillastadium zu Ende. Die zahllosen Stationsdetachements werden fürderhin mehr Polizei-, als eigentlichen Kriegsdienst tun müssen. Allein, es wäre ein sehr übel angebrachter Optimismus, wollte man aus dieser Einrichtung des Polizeidienstes auf baldige völlige Pazifizierung des Aufstandsgebiets schließen. Von diesem Ideale sind wir noch recht weit entfernt. Bis die letzte, vom Kriege übrig gebliebene Räuberhorde aus ihren Gebirgsschluchten durch Hunger vertrieben und dann von deutschen Patrouillen aufgehoben ist, können Jahre vergehen.

Zur Reise des Kaiserpaares.

Athen. (Priv.-Tel.) Der Minister des Aeußern begibt sich morgen abend nach Korfu, um beim Empfange des Deutschen Kaisers anwesend zu sein. Zwei Panzerschiffe werden zur Begrüßung des Kaisers ebenfalls nach Korfu abgehen. Der Kaiser wird 2 bis 3 Tage in Korfu verweilen.

Russisch-japanischer Krieg.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Ein Telegramm des Generals Charkewitsch an den Generalstab meldet von heute: Gestern zwangen unsere Jäger die japanische Kavallerie, sich von Erdabhänge nach Tinluchu zurückzuziehen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Eine unserer Abteilungen, die am Morgen des 4. ds. Tintsatun erreichte, zwang den Feind, der 6000 Chanchusen bei sich hatte, zum Rückzug. Ueber den Ausgang habe ich noch keine Meldung erhalten.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Der „Slowo" meldet: Am 4. April wurde in höheren Verwaltungskreisen über die Schiffsbaufrage beraten. Es sollen 250 Millionen Rubel zur Anschaffung einer neuen Kriegsflotte ausgeworfen werden.

Tokio. Die Hauptmacht der Russen, die in der Nachbarschaft von Chinchiatun geschlagen wurde, ist in der Richtung nach Shunienching ausgewichen. Ein Teil hat sich auf der Fenchun-Straße zurückgezogen. Am Abend des 5. April wurde kein Russe südlich Hunlitun, 8 Meilen nördlich von Chichiatun, gesehen. Eine kleine russische Abteilung ist noch im Besitze von Taisuo, 26 Meilen östlich von Weiyuanpaomen.

London. (Priv.-Tel.) Den „Times" wird aus Petersburg telegraphiert, daß nach neuesten amtlichen Meldungen die Japaner eine halbmondförmige Stellung einnehmen. General Oku steht auf dem linken Flügel, Nogi und Nodzu im Zentrum, und die Generale Kuroki und Kamimura auf dem rechten Flügel. Die Gesamtstärke der Heere beträgt 475 000 Mann. Es wird befürchtet, daß General Linewitsch genötigt sein wird, den Rückzug anzutreten, da er sonst in seiner Stellung umgangen werden dürfte.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Persönlichkeit des Mörders des Großfürsten Sergius ist festgestellt worden. Er heißt Kalajew und ist der Sohn eines Polizei-Inspektors in Warschau. Er war Student an der Petersburger Universität und wurde 1899 wegen Beteiligung an politischen Angelegenheiten relegiert. Seine Persönlichkeit wurde in einem Kreuzverhör, das im Zusammenhange mit der Verhaftung von 12 an dem Anschlage gegen das Leben des Zaren am 30. März beteiligten Personen erfolgte, festgestellt.

Zur Marokko-Frage.

Paris. Kammer. Der Präsident teilt mit, daß vier Interpellationen über Marokko eingegangen sind. Delcassé verliest eine kurze Erklärung, in der es heißt: Seit langer Zeit gibt die Regierung von der Tribüne des Parlaments aus Aufklärungen über ihre Politik in Marokko. Die bekannten Abkommen konnten keinerlei Ueberraschungen hervorrufen. Alle Welt konnte darin eine Politik erblicken, die keinerlei Befürchtungen erwecken durfte. In dieser Politik ist keine Aenderung eingetreten, die geeignet wäre, Befürchtungen zu rechtfertigen. Bei unseren Verhandlungen mit Marokko haben wir nur das Bestreben, ihm Ratschläge zu erteilen und deren Nutzen nachzu-

Fertig ist der Lack von Friedrich & Glöckner. Stuttgarter Filialen in allen Stadtteilen. Telephon.